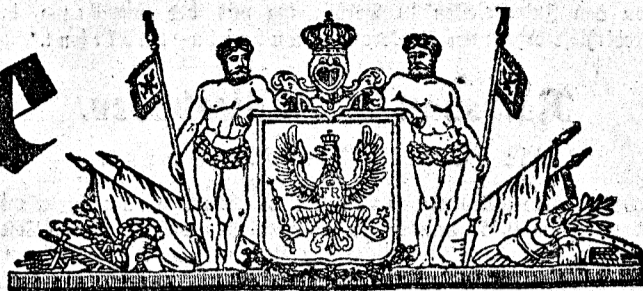


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurzzettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 5 Mark und 40% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau. Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 650.

Das Kabinett Braun im Landtag.

Die Programmdebatte.

Im Preussischen Landtag hat sich gestern die neue Regierung vorgestellt. Man hat sich daran gewöhnt, Kabinette ohne großes Bedauern gehen und ohne große Hoffnung kommen zu sehen, und auch dieses Mal haben die zum größten Teil schon bekannten Persönlichkeiten der neuen Minister keine besondere Erwartung erregt. Indessen hat die neue Kabinettsstellung, die dieser Regierung zugrunde liegt, doch ein besonderes Interesse, und insofern kommt dem gestrigen Tag einige Bedeutung zu. Es handelte sich um das erste Kabinett, das die langgewünschte „große Koalition“ verwirklicht hat. Da diese nun auch im Reich nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, durfte man gespannt sein, wie der erste Eindruck ausfallen würde, das heißt ob die Regierungsbank und die Haltung der Parteidreher das Bild eines fröhlichen Nebeneinander zeigen oder den aufrichtigen Willen aller Beteiligten zum Ausdruck bringen würden, sich miteinander einzuleben. Mit der Herstellung der Koalition hören ja die Schwierigkeiten keineswegs auf. Es kann aber gesagt werden, daß der Bloch seine erste Probe nicht schlecht bestanden hat.

Natürlich ist man mit der gemeinsamen Erklärung vorsichtig zu Werke gegangen, und man hat verständigerweise nicht gleich zu Anfang Probleme zu lösen versucht, deren Bewältigung ein längeres gegenseitiges Einarbeiten voraussetzt. So waren die Auslassungen des Ministerpräsidenten ziemlich allgemein gehalten. Es konnte auch kaum anders sein, da sich zum ersten Male vier Parteien mit einer Spannungsweite, die durch die Namen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie bezeichnet wird, zusammengefaßt hatten, um gemeinsame Richtlinien für die Öffentlichkeit festzulegen. Man sprach mit Betonung nur von Richtlinien, nicht von einem Programm. Der Ministerpräsident ging darin voran, und die Redner des Hauses folgten. Auf Einzelheiten wollte niemand Nachdruck legen, aber alle hielten sich an die Grundzüge, auf die man sich verhältnismäßig schnell hatte einigen können. Die Hauptsache ist in der Tat, daß man erst einmal Vertrauen zueinander gewinnt, und das mag ruhig etwas langsam gehen; denn die Zusammenarbeit soll ja nicht eine Episode, sondern von Dauer sein.

Die Rede des Ministerpräsidenten zeigte deutlich den Kompromißcharakter. Bei manchen Stellen konnte der Hörer nicht umhin, an einen Einfluß der Volkspartei zu denken, bei anderen fand man mit Genugtuung, daß auch die Volkspartei sich angepaßt hatte, z. B. wenn es hieß, daß sich die Staatsregierung jederzeit für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Staat und Gemeinden einsetzen würde. Wir geben die Rede auf der 4. Seite im Wortlaut wieder.

Obwohl die Kommunisten und Unabhängigen während der Ausführungen des Ministerpräsidenten sehr lebhaft geworden waren und stellenweise mehr die Zwischenrufe von dieser Seite zu hören waren als die Stimme des Redners — während sich die Opposition auf der Rechten im wesentlichen schweigend verhielt — verzichtete der Sprecher der Sozialdemokratie, der Abg. Hauschild, auf eine längere Verteidigung seiner Partei wegen ihrer Teilnahme an dieser viel angefochtenen Koalition. Nur mit einigen Sätzen ging er geschickt darauf ein, daß seine Freunde durch ihren Eintritt in die Regierung eine Entwicklung nach dem Muster der bayerischen für Preußen hätten verhindern wollen. Im übrigen aber ließ er alles Agitatorische beiseite und stellte den Arbeitswillen, den dringenden Wunsch nach Beschleunigung der parlamentarischen Geschäfte in den Vordergrund.

Verhältnismäßig am wenigsten enthielt die Zentrums-erklärung, die Herr Herold verlas. Man hätte bei diesem Anlaß einen frischeren Sprecher und mehr Zukunft als Vergangenheit gewünscht. Natürlich fehlte ein ehrenvoller Nachruf für Herrn Stegerwald nicht, auch gab es eine kleine Einschränkung gegenüber der Zusammenfassung des Kabinetts, das nicht ganz den Wünschen des Zentrums entspräche. Das Zentrum scheint sich also besonders abwartend zu verhalten.

Anders die Volkspartei, soweit man noch ihrem gestrigen Sprecher, Staatssekretär a. D. v. Krause, urteilen darf. Er erklärte es für selbstverständlich, daß die jetzt verbündeten Parteien nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander arbeiten müßten, wobei jede von ihnen manche Wünsche zurückstellen und auch sonst an sich zu arbeiten habe, damit ein erprobtes Zusammenarbeiten möglich werde. Und so sagte er noch manches gute Wort in einem Geist und Ton, die allein das Mißtrauen verschmelzen können, das so lange das Zustandekommen der Koalition verhindert hat. Er warnte vor übertriebenem Partei-egoismus; und es war bemerkenswert und fesselnd, von diesem alten Liberalen zu hören, daß überhaupt ein zu weit gehender Individualismus zugunsten des Gemeinwesens zurückzudrängen sei. Das sind Einsichten, deren Betonung man immer und auch gerade bei dieser Gelegenheit begrüßen muß.

Herr v. Krause machte kein Hehl daraus, daß eine andere Lösung des Regierungsproblems, auch eine einseitige Rechtsregierung, nicht wünschenswert gewesen wäre, und er konstatierte, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Koalitionsparteien über Einzelheiten bestehen, doch eine gemeinsame Atmosphäre, eine verbindende Grundstimmung zu erreichen sei. Seine Partei wolle jedenfalls die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Bürgerturn aus der Welt schaffen helfen. Die Rede war eine reichhaltige Zustimmung zu dem Bloch, eine spontane Bejahung, und es ist erfreulich, daß die Volkspartei bei dieser Gelegenheit einen Vertreter solcher Denkart herausgestellt hat. Sein warmer Ton hatte ein Verdienst daran, daß man das Haus in der

Ueberzeugung verließ, daß die Koalition halten kann. Sein praktischer Vorschlag, die Verabschiedung des längst überfälligen Etats durch gemeinsamen Beschluß des ganzen Hauses entgegen der Geschäftsordnung zu beschleunigen, womit er den Anfang der praktischen Arbeit bezeichnen wollte, verdient ebenfalls Beachtung.

Nach einer längeren kommunikativen Rede und einer noch längeren Geschäftsordnungsdebatte, die ebenfalls in der Hauptsache von den Kommunisten bestritten wurde, vertagte man die Fortsetzung der Aussprache. Heute werden aus der Koalition noch die Demokraten das Wort nehmen, von der Opposition die Unabhängigen und die Deutschnationalen. Dann soll Vertagung bis zum 17. eintreten. —th.

Die Verhandlungen über die Kreditaktion.

Die Bedingungen der Industrie.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte, wie bekannt, am Ende der vergangenen Woche in Sitzungen des Präsidiums und der Generalversammlung erneut zu der Frage Stellung genommen, auf welche Weise durch eine Kreditaktion dem Reiche Goldvaluten zugeführt werden könnten. Das Ergebnis dieser Aussprachen wurde in einer der Öffentlichkeit bereits bekannten Resolution niedergelegt. Zu einer Erklärung dieser Resolution hat der Reichskanzler heute die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu sich gebeten. Der Sprecher des Reichsverbandes, Dr. Sorge, führte nach Ueberreichung der Resolution etwa folgendes aus:

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen der sparsamen Finanzwirtschaft und der Befreiung des Wirtschaftslebens von den ihm auferlegten Fesseln kommen zunächst Akte der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglichen, mit den Eisenbahnen beginnend, die sonst in öffentlicher Hand befindlichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisenbahnen an eine privatwirtschaftlich-juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird Vorschläge ausarbeiten und sie zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Rein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt ab die Eisenbahnen ein zu vereinbarendes Kapital der juristischen Person verzinsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird.

Die Entlastung des Reiches von Arbeitskräften, die weder ihrer Zweckbestimmung noch, noch in wirtschaftlicher Beziehung volle Benutzung finden, kann nach Auffassung der Industrie nur in Verbindung mit großzügigen Stellenungen erfolgen, die weiter an sich und nach ihrer heillosen Lage die nutzbringende Beschäftigung dieser Persönlichkeiten sicherstellen.

Die Industrie ist sich darüber klar, daß die Durchführung dieser Aktion, insofern der Artikel 248 des Friedensvertrages Rechte des Auslandes begründet hat, entsprechende Verhandlungen mit den Vertragsgegnern erforderlich macht, die gleichzeitig dazu führen müssen, im Zusammenhang mit der Lösung dieser Frage auch die Verpflichtungen aus dem Ultimatum einer anderweitigen Lösung zuzuführen.

Auf diesen Grundlagen wird die Industrie in Verhandlungen mit deutschen Banken eintreten, um, sofern eine Aenderung des Londoner Ultimatus sich nicht schon aus den vorher angeordneten Verhandlungen ergibt, diejenigen Kredite zu beschaffen, die notwendig sind, um die finanziellen Verpflichtungen des Reiches, sowie die Entwicklungsmöglichkeit der angestrebten Neuorganisationen der Reichsbetriebe zeitlich und sachlich sicherzustellen. Die Durchführung dieser Kreditaktion einschließlic den Verhandlungen mit den auswärtigen Kreditgebern kann nur unter Führung der deutschen Industrie und im Einvernehmen mit den deutschen Banken erfolgen.

Selbstverständlich muß, wenn sich die deutsche Volkswirtschaft und damit der deutsche Staat aus den jetzigen Verhältnissen herausarbeiten will, die Volksgemeinschaft, das heißt der Staat, denjenigen, die heute diesen jetzt freiwillig übernommenen Kredit zur Verfügung stellen, in zu vereinbarenden Weise entsprechende Entlastung gewähren.

Der Reichskanzler nahm diese Mitteilungen entgegen und erklärte, daß die Reichsregierung zu den Ausführungen der Industrie mit der gebotenen Beschleunigung Stellung nehmen werde.

Der Reparationsausschuß beim Kanzler

Amliche Meldung.

Gestern nachmittag empfing der Reichskanzler in Anwesenheit von Vertretern der beteiligten Reichsressorts die in Berlin eingetroffene Reparationskommission, die von ihrem Präsidenten, Herrn Dubois, geführt wurde. In der Aussprache, die lediglich einleitenden Charakter trug, gab der Reichskanzler einen kurzen Ueberblick über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wobei er die in einem Teil der Auslandspresse vertretene Auffassung zurückwies, daß die deutsche Regierung den Zusammenbruch der Mark absichtlich fördere. Ueber den Gang der weiteren Verhandlungen und ihre voraussichtliche Dauer können vorläufig Mitteilungen nicht gemacht werden.

Wenn man noch zweifelhaft sein konnte, ob die letzte Berliner Versammlung des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ einen Sieg oder die Niederlage der bedächtigen Führerschaft bedeute, so ist dieser Zweifel jetzt entschieden. Ueber die einzelnen Vorschläge, die der Vorsitzende des Reichsverbandes dem Reichskanzler überreicht hat, könnte man an sich durchaus reden, auch wenn man zum Beispiel der Ueberführung der Reichseisenbahnen in privatwirtschaftliche Betriebsformen mit allen Vorbehalten gegenübersteht. Aber die wahre Bedeutung der Forderungen des Reichsverbandes liegt in der vollkommenen Verschlebung der Stellung zwischen Industrie und Regierung. Die Industrie tut, als ob die Regierung zu ihr als Bittende gekommen ist. In Wirklichkeit hat die Industrie selbst die Kreditaktion vorgeschlagen, um damit ihrer Steuerpflicht in einer Weise zu genügen, die ihren eigenen Interessen, aber, wie durchaus zu gegeben werden soll, auch den allgemeinen volkswirtschaftlichen Erfordernissen besser entspricht als die von dem größten Teil der Arbeiterschaft propagierte Enteignung der Goldwerte. Wenn sie jetzt die Erfüllung ihrer Steuerpflicht — denn etwas anderes ist ihre Kreditgarantie nicht — an Bedingungen knüpft, so ist das ein Vorzeichen, über dessen Folgen sich die Industrie nicht ganz klar zu sein scheint. Denn was dem einen Erwerbstand recht ist, muß dem andern billig sein. Nächstens kann dann mit dem gleichen Recht die Landwirtschaft die Entrichtung ihrer Steuern von der Durchsetzung aller gewerbe-partikularistischen Forderungen abhängig machen. Man mache sich doch einmal klar, welche psychologischen Folgen ein solches Verhalten bei den Arbeitern auslösen muß, die ohnehin schon in immer größerer Erregung zu geraten drohen, weil sie die Empfindung haben, durch den Lohnabzug allmählich die Lasten des Budgets der direkten Steuern allein zu tragen.

Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Regierung, wenn sie überhaupt noch den Namen einer autoritativen Vertretung des Staates und der durch diesen repräsentierten Allgemeininteressen verdienen will, auf dieser Grundlage mit der Industrie verhandeln kann. Wie nochmal betont sei: nicht so sehr wegen der einseitigen Vorschläge für die Sanierung der Finanzen, sondern wegen ihrer Formulierung als Vorbedingung für die Notwendigkeit einer vaterländischen Leistung, die nichts weiter ist als die Anticipation einer Steuerleistung. Die Industrie muß jetzt von der Regierung vor die Wahl gestellt werden: entweder die Kreditaktion unter vernünftigen Garantien durchzuführen, oder sich diejenigen Steuererlasse gefallen zu lassen, die in Ermangelung einer Kreditaktion zur Erfassung wesentlicher Teile der Wirtschaft notwendig sind. Die Industrie selbst hat die Dinge so auf die Spitze getrieben, daß eine andere Alternative kaum noch möglich erscheint.

Dabei aber muß sich gleichzeitig die Regierung darüber klar sein, daß — von seiner Formung und seiner Spezialbedingung abgesehen — der Grundgedanke vollkommen richtig ist, der die Industrie dazu antrieb, einen Teil von Programm zu entwerfen, dessen Erfüllung neben der Aufnahme des